



## Pressestatement

---

Pressekonferenz zum Tag der Deutschen Industrie

23. September 2014

bcc Berlin Congress Center, Alexanderstr. 11, 10178 Berlin

Ulrich Grillo  
BDI-Präsident

---

Es gilt das gesprochene Wort.

**Sendesperrfrist: 9:15 Uhr**

**Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.**  
Mitgliedsverband  
BUSINESSEUROPE

*Hausanschrift*  
Breite Straße 29  
10178 Berlin

*Postanschrift*  
11053 Berlin

*Telekontakte*  
T: 030 2028-1420  
F: 030 2028-2420

*Internet*  
[www.bdi.eu](http://www.bdi.eu)

*E-Mail*  
o.wilde@bdi.eu

Ich begrüße Sie herzlich zu unserer Pressekonferenz. Vor genau einem Jahr und einem Tag haben wir einen neuen Bundestag gewählt. Heraus kam bekanntlich die Große Koalition. Aus einer „großen“ Liste von Wahlversprechen wurde ein entsprechender Koalitionsvertrag. Dieser war vor allem geprägt von der Idee, dass es nun primär um das Verteilen der angesammelten Früchte ging.

In Windeseile wurden teure Rentenversprechen und der Mindestlohn in Gesetze gegossen. Die gute wirtschaftliche Lage wurde als gegeben hingenommen, als etwas worum man sich nicht weiter aktiv kümmern muss. Wir hielten dies von Anfang an für falsch und haben immer wieder darauf gedrängt, einen klaren Fahrplan für die nachhaltige Sicherung des Industriestandorts Deutschland bis 2017 und darüber hinaus zu entwickeln.

Doch ich will hier nicht zurückblicken und jammern über vergossene Milch, sondern nach vorne schauen: Wir brauchen ein schlüssiges Zukunftskonzept – für Deutschland und für Europa. Wie ist die aktuelle Lage? Die jüngsten Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland zeigen eine deutliche Konjunkturertrübung. Hauptursache ist die zunehmende Verunsicherung der Unternehmen. Die vielfältigen globalen Spannungen hinterlassen ihre Spuren – allen voran die Ukraine-Krise.

Aber auch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung wirkt bislang nicht unbedingt Vertrauen stärkend. Die Probleme der Energiewende sind ja bekanntlich auch noch nicht gelöst. Die Verunsicherung der Unternehmen schlägt auf die Investitionstätigkeit. Auch für das bereits laufende dritte Quartal sind die Wachstumsaussichten nicht gerade glänzend. Die Stimmungsindikatoren sprechen hier eine klare Sprache, der im Trend rückläufige Auftragseingang wird sich mit zeitlicher Verzögerung auf die industrielle Produktion auswirken.

Hinzu kommt, dass es auch in etablierten Wirtschaftsregionen Wachstumsprobleme gibt. Die OECD spricht in ihrer jüngsten Konjunkturprognose für die Weltwirtschaft von einem „moderaten und unsteten“ Wachstum. Große Schwellenländer wie China, Indien und

Brasilien zeigen eine schlechtere Wachstumsperformance als noch vor kurzem erwartet. Lediglich die USA zeigen ein überaus robustes Wachstum (+2,5 Prozent im zweiten Quartal).

Der Euroraum konnte die Erholung, die sich zum Jahresbeginn abzeichnete, nicht fortsetzen. Neben Fortschritten in einigen Ländern – z.B. Spanien – stehen vor allem Italien und Frankreich weiterhin vor gewaltigen Herausforderungen. Wir hier in Deutschland wissen: Strukturreformen erfordern einen langen Atem. Messbare Erfolge zeigen sich nicht schon am nächsten Tag. Da gibt es Widerstände und Skepsis; und in der Bevölkerung ist das Bedürfnis nach Erklärung und Kommunikation immens. Deshalb ist es so wichtig, dass die Regierungen in Europa und den Ländern unermüdlich versuchen, ihren Kurs und ihre Ziele zu vermitteln.

Vor drei Jahren, auf dem Höhepunkt der Krise in den Eurostaaten, warb der griechische Ministerpräsident Giorgos Papandreou hier auf dem Tag der Deutschen Industrie mit einer weltweit beachteten, leidenschaftlichen Rede für seine Reformpolitik. Ich freue mich sehr, dass heute der französische Ministerpräsident Manuel Valls zu uns sprechen wird und bin sehr gespannt auf seine Ausführungen. Frankreichs Wirtschaftskraft neu zu stärken, Arbeitsplätze schaffen und auf den Wachstumspfad zurückzukehren – dies ist nicht nur das Ziel der französischen Regierung. Es ist unser gemeinsames Ziel!

Ich will aber bei allem Verständnis für die innenpolitische Lage Frankreichs eines klar machen: Deutschland ist nicht schuld an den strukturellen Problemen der französischen Volkswirtschaft und Deutschland ist auch nicht in der Verantwortung, diese Probleme zu lösen. Wie schätzt der BDI angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage die deutschen Konjunkturaussichten ein? Wir sind gezwungen, unseren Optimismus etwas zu drosseln:

Während wir zu Beginn des Jahres ein Wachstum von rund 2 Prozent erwartet haben, geht der BDI nun für das laufende Jahr von einem Wachstum in der Größenordnung von 1,5 Prozent aus. Meine Damen und

Herren, die Aussichten sind also nicht rosig, aber noch besteht kein Anlass zur Schwarzmalerei! Was muss jetzt vordringlich geschehen? Laut Haushaltsplan soll der Bundeshaushalt 2015 erstmals seit Jahrzehnten ohne neue Schulden auskommen. Das ist eine beachtliche Leistung, die wir anerkennen. Nun muss es darum gehen, dass wieder mehr investiert wird am Standort Deutschland. Für uns ist eine Investitionsoffensive die oberste Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung DIW sieht Deutschlands größte Schwäche in der vergleichsweise geringen Investitionstätigkeit. Diese Einschätzung teilen wir. Im Vergleich zum Durchschnitt der OECD-Staaten besteht je nach Betrachtungszeitraum eine Investitionslücke von 2 bis 3 Prozent des BIP. In Zahlen wären dies 54 bis 80 Milliarden Euro jährlich. Auch nach der neuen Systematik, die FuE- sowie Militärausgaben jetzt als Investitionen verbucht, dürften sich hier keine grundlegend anderen Zusammenhänge ergeben.

Höhere Investitionen sind kein Selbstzweck. Sie erhöhen mittelfristig das Wachstumspotenzial unserer Volkswirtschaft. Investitionen zu erhöhen ist für dieses Land kein zusätzlicher Luxus, den wir uns genehmigen. Es ist absolut notwendig – allein schon aufgrund der demographischen Entwicklung. Im öffentlichen Bereich sehen wir dringenden Investitionsbedarf vor allem in der Verkehrsinfrastruktur. In einigen Bereichen der öffentlichen Investitionen decken die Neuinvestitionen schon nicht mehr die Abschreibungen. Hier verzehren wir unseren Kapitalstock! Deutschland ist im Begriff, seine Verkehrswege zu ruinieren. Dabei weiß jeder, dass eine moderne Verkehrsinfrastruktur die Basis für Wohlstand und Arbeitsplätze in unserem Land ist.

Die zusätzlichen 5 Milliarden Euro, die die Bundesregierung bis 2017 bereitstellen möchte, sind ein erster richtiger Schritt. Aber sie reichen eben nicht. Denn der Bedarf für die Bundesverkehrswege summiert sich auf 14 Milliarden Euro jährlich. Da müssen wir hin. Zu wenig in die Zukunft zu investieren ist fahrlässig. Im privaten Sektor sehe ich die größten Hindernisse für mehr Investitionen nicht in der Finanzierung, sondern in

erster Linie in den unsicheren Rahmenbedingungen. Das gilt vor allem für die erheblichen Investitionen, die für die Umsetzung der Energiewende nötig sind.

Die private Wirtschaft investiert schon in einem – im internationalen Vergleich – sehr hohen Ausmaß. So werden zwei Drittel aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben in Deutschland von der Wirtschaft getätigt und rund 90 Prozent aller privaten Forschungs- und Entwicklungsausgaben allein durch die deutsche Industrie.

Was wir aber dringend benötigen, sind staatliche Vorlaufinvestitionen, dort wo es sich um große infrastrukturelle Maßnahmen handelt, etwa bei modernen Verkehrswegen. Das sind klassische Aufgaben des Staates. Wenn dieser sie tätigt, dann rücken die privaten Investitionen in einem noch deutlicheren Maße nach. Wenn wir von Infrastruktur sprechen, dürfen wir die digitale Infrastruktur nicht vergessen. Wir brauchen schnelle Breitbandnetze – nicht nur in den Großstädten. Denn ein Großteil unserer mittelständischen Industrie befindet sich im ländlichen Raum. Wenn dort aber die digitale Infrastruktur unzureichend ist, unterbleiben Investitionen.

Wir stehen an der Schwelle eines umfassenden Digitalisierungsprozesses – Stichwort: Industrie 4.0. Die damit verbundenen Chancen müssen und wollen unsere Unternehmen ergreifen. Der Staat muss die richtigen Rahmenbedingungen für den Netzausbau setzen. Dann können die privaten Investitionen schnell anziehen. Und dort, wo ein Ausbau nicht rentabel ist, muss der Staat mit finanzieller Förderung flankieren. Schnelle Netze sind die Lebensadern der digitalen Welt.

Ein Unternehmen investiert, wenn sich die Investition mit hoher Wahrscheinlichkeit rechnet. Dabei steht investitionswilligen Unternehmen heute die ganze Welt offen. Wer Investitionen und Innovationen fördern will, der muss für gute Rahmenbedingungen sorgen.

Da viele OECD-Länder andere Innovationen steuerlich fördern, sollte auch in Deutschland endlich eine steuerliche Forschungsförderung eingeführt

werden. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Überlegungen von Bundesfinanzminister Schäuble zu einer Patentbox ausdrücklich. Das wird private Investitionen in Forschung und Entwicklung beflügeln.

Eine weitere große Herausforderung für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands ist die erfolgreiche und kosteneffiziente Gestaltung der Energiewende. Sie muss als umfassendes Reformprojekt in Angriff genommen werden und vor allem als ein europäisches Projekt! Schließlich sparen wir in Europa rund 50 Milliarden Euro, wenn wir einen integrierten europäischen Energiemarkt schaffen.

Die EEG-Reform 2014 war ein erster wichtiger Schritt hin zu einer marktnäheren und kosteneffizienteren Ausgestaltung der Erneuerbaren-Förderung in Deutschland. Sie schafft allerdings noch keine Trendumkehr bei den steigenden Kosten. Wir müssen an die Kosten ran. Verbraucher und Wirtschaft haben allein in diesem Jahr 23 Milliarden Euro für Erneuerbare Energien gezahlt, die einen Marktwert von nur drei Milliarden Euro haben. Das ist und bleibt zu viel! Die Energiekosten in Deutschland benachteiligen die deutsche Industrie auf dem Weltmarkt. Und zwar massiv.

Die Sicherung unserer Zukunftsfähigkeit erfordert auch mehr Mut zur Innovation. Angesichts unserer Abhängigkeit von russischem Gas, angesichts der ständig steigenden Kosten für Energie, können wir es uns nicht leisten, Technologien wie das Fracking vorschnell abzulehnen. Vielmehr sollten wir uns darauf konzentrieren, dass die Förderung des Schiefergases möglichst umweltfreundlich geschieht.

Damit wir besser gewappnet sind gegen den Wettbewerbsdruck, der aus den globalen Märkten kommt, muss Europa seine Position im internationalen Welthandel verbessern. Dafür ist es wichtig, dass die EU das Freihandelsabkommen mit den USA, genannt TTIP, abschließt. Gemeinsam bilden Europa und Amerika eine Wirtschaftsregion, die 50 Prozent des Welthandels umfasst. Wenn es gelingt, Zölle abzubauen, gemeinsame Standards gegenseitig anzuerkennen und globale Standards auf

hohem Niveau zu entwickeln, dann wird das unsere Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger machen. Es wird Wachstum und Arbeitsplätze schaffen.

Wir dürfen diese historische Chance nicht ungenutzt lassen. Auch sie dient der Stärkung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands und Europas. Ich weiß: Viele, sind skeptisch. Daran müssen wir gemeinsam mit der Bundesregierung und der EU-Kommission arbeiten. Mit Transparenz, Fakten und Überzeugungskraft. Nur wenn Politik und Wirtschaft offen mit den USA über die Details dieses Abkommens ringen, werden auch die Zweifel in der Bevölkerung kleiner werden. Ich finde es daher ein sehr positives Zeichen, dass sich hier in Deutschland mit dem DGB nun auch eine große Gewerkschaft hinter das Projekt TTIP stellt.

Wir dürfen wegen unserer Erfolge in der Vergangenheit nicht selbstzufrieden werden. Die – noch – hohe Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie, die gute globale Aufstellung unserer Unternehmen, unsere tief gestaffelten Wertschöpfungsketten stehen auf dem Spiel, wenn wir nicht bald handeln. In den kommenden Monaten ist es deshalb besonders wichtig, durch umsichtige Politik schnellstmöglich Vertrauen und Zuversicht der Unternehmen zu stärken. Dazu gehört auch der Verzicht auf weitere Kostenbelastungen und Regulierungen der Unternehmen.

Für Investitionen und Innovationen das richtige Klima zu schaffen – wirtschaftspolitisch und mental – das ist die Aufgabe, vor der Politik und Wirtschaft jetzt gemeinsam stehen. Wir fordern von der Regierung, nun ihre Energie auf die Stärkung der Wachstumsdynamik zu richten. Und ich bin zuversichtlich, dass dies gelingen wird. Immerhin bleiben dieser Koalition noch weitere drei Jahre – genügend Zeit für kraftvolle wirtschaftspolitische Akzente.